Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 30 (2010)
Heft: 59

Artikel: Die Demontage des Sozialstaates : Arme und Migrant/innen im Visier von Guido Westerwelle, Thilo Sarrazin et al.
Autor: Butterwegge, Christoph
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652446

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christoph Butterwegge

Die Demontage des Sozialstaates

Arme und Migrant/innen im Visier von Guido Westerwelle, Thilo Sarrazin et al.

Obwohl die EU-Kommission 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" erklärt hat, finden in Deutschland seit dem Regierungswechsel im Oktober 2009 vermehrt wieder Diskussionen über den angeblich zu großzügigen Sozialstaat und dessen vermeintlich massenhafte Ausplünderung durch (Langzeit-)Arbeitslose, Arme, Migrantinnen und Migranten statt. Migration und Integration sind gegenwärtig vor allem einer massiven Entwertung des Sozialen ausgesetzt, die innerhalb der Aufnahmegesellschaft den neoliberalen „Um-" beziehungsweise Abbau des Wohlfahrtsstaates verstärkt[1] und die Existenzbedingungen für Zuwanderer damit verschlechtert. Diese Entwicklung besteht aus vier Teilprozessen:

Erstens fällt die Tendenz zur Ökonomisierung des Sozialen ins Auge. Fast alle Lebensbereiche, etwa Kultur, (Hoch-)Schule, Freizeit und auch die soziale Infrastruktur, werden nach dem Muster des Marktes restrukturiert. Sozial zu sein bedeutet fortan nicht mehr, sich gemäß humanistischer Grundüberzeugungen oder christlicher Nächstenliebe um Arme, Benachteiligte oder Menschen mit Behinderungen und ihre Probleme zu kümmern beziehungsweise moralischen Verpflichtungen und ethischen Normen nachzukommen. Vielmehr wird auch das Soziale zunehmend vom neoliberalen Zeitgeist durchdrungen und von der Konkurrenz, dem Gewinnstreben und betriebswirtschaftlicher Effizienz bestimmt.

Zweitens findet eine Kulturalisierung des Sozialen statt. Seit geraumer Zeit stehen nicht mehr materielle Interessen beziehungsweise Interessengegensätze im Blickfeld, wenn man über die Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft spricht, sondern die kulturelle Identität. Die Kulturalisierung des Sozialen bedeutet, dass die Zugehörigkeit zur Gesellschaft nicht mehr über die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu einer bestimmten Klasse, Schicht oder Gruppe definiert wird, die gemeinsame Interessen haben (und daher ein hohes Maß an Solidarität realisieren können, falls sie sich dessen bewusst werden), sondern dass stärker nach kulturellen Übereinstimmungen, also gemeinsamer Sprache, Religion und Tradition, gefragt wird. Das ist der Grund, weshalb sich Widerstand gegen diese Entwicklung nur schwer artikulieren und organisieren kann.

Drittens ist eine Ethnisierung des Sozialen festzustellen. Je mehr die ökonomische Konkurrenz im Rahmen der „Standortsicherung" verschärft wird, umso leichter lässt sich die kulturelle Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskrite-

rium gegenüber Mitbewerbern um soziale Transferleistungen instrumentalisieren. Ethnisierungsprozesse haben zwei Seiten: Neben einer Stigmatisierung „der Anderen" bewirken sie eine stärkere Konturierung „des Eigenen" und damit die Konstituierung einer nationalen bzw. „Volksgemeinschaft", mit der weiter reichende Ziele verfolgt werden. „Deutsche(s) zuerst!" lautet ein Slogan, der solche Vorstellungen ebenso im Alltagsbewusstsein verankert wie „Ausländer raus!"-Parolen.

Viertens zeichnet sich eine Biologisierung des Sozialen ab. Gesellschaftlich bedingte Verhaltensweisen werden immer häufiger an den Genen festgemacht, wobei der Demografie-Diskurs, das heisst die Art und Weise, wie über die Veränderung der (Alters-)Struktur einer Gesellschaft gesprochen und geschrieben wird, eine Schlüsselrolle spielt. Mit dem demografischen Wandel rückt die Humanbiologie ins Zentrum der Gesellschaftspolitik und entscheidet wie ein naturgesetzlicher Sachzwang über Rentenhöhen und darüber, wie Sozialleistungen zu bemessen sind. Wer die apokalyptischen Katastrophenszenarien gleichenden Bevölkerungsprognosen betrachtet, deren sich Sarrazin zwecks Untermauerung seiner Argumentation bedient, stellt fest, dass die Angst von Neonazis und Rechtsextremisten, „das deutsche Volk" könne aussterben, die Etablierten erreicht hat.[2]

Erhellend sind in diesem Zusammenhang ein Zeitungskommentar des FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenministers und Vizekanzlers Guido Westerwelle sowie der vom ehemaligen Bundesbankvorstand, Berliner Finanzsenator und vom Parteiausschluss bedrohten SPD-Politiker Thilo Sarrazin veröffentlichte Bestseller „Deutschland schafft sich ab", der keineswegs nur Migrantinnen und Migranten aus muslimischen Ländern, sondern auch (deutsche) Arme und den Sozialstaat diffamiert. In beiden Fällen handelt es sich um eine mediale Stimmungsmache auf Stammtischniveau, die den weiteren „Um-" beziehungsweise Abbau des Wohlfahrtsstaates ideologisch vorbereitet und flankiert, wie ihn die deutsche Bundesregierung etwa mit dem sogenannten Zukunftspaket betreibt, das sie am 1. September 2010 auf den Gesetzesweg gebracht hat.

Guido Westerwelles neoliberale Wohlfahrtsstaatskritik

Unmittelbar nach der Verkündung des Verfassungsgerichtsurteils zu den Hartz IV-Beitragssätzen meldete sich Westerwelle in der 'Welt' (v. 11.2.2010) zu Wort. In seinem Gastkommentar „Hartz IV und die Frage, wer das alles zahlt: Vergesst die Mitte nicht!" monierte er die „sozialistischen Züge" der Hartz-IV-Kritik, setzte er den Bezug staatlicher Transferleistungen mit „anstrengungslosem Wohlstand" gleich und beklagte eine Vernachlässigung der Mittelschicht durch die Politik. Dabei handelte es sich nicht bloß um den Versuch, die FDP aus ihrem aktuellen Umfragetief herauszukatapultieren, sondern auch um die Vorbereitung einer weiteren Runde des Sozialabbaus. Durch seinen wiederholten Hinweis auf angeblich

massenhaften „Sozialmissbrauch“ einerseits und daraus möglicherweise abzuleitende Leistungskürzungen für Hartz-IV-Bezieher/innen andererseits lenkte Westerwelle zudem ab von der Klientelpolitik des Bundeskabinetts: den bereits erfolgten und geplanten Steuersenkungen der CDU/CSU/FDP-Koalition für Begüterte und Besserverdienende wie Hotelbesitzer oder Firmenerben und von anderen Fördermaßnahmen für die Atomindustrie, private Krankenversicherungen, Pharmakonzerne und Spediteure (Aussetzung der schon beschlossenen Erhöhung der LKW-Maut).

Westerwelle schürte den für Stammtischgespräche und Berichte der Boulevardmedien über die „faulen Armen“ typischen Sozialneid nach unten. Dabei wurde eine materiell benachteiligte Minderheit (Leistungsempfänger/innen) gegen die Steuern zahlende Mehrheit der „Leistungsträger“ ausgespielt. Schließlich brach Westerwelle eine Lanze für die Leistungsgerechtigkeit, indem er an das Lohnabstandsgebot erinnerte und gebetsmühlenartig wiederholte: „Leistung muss sich lohnen, und wer arbeitet, muss mehr als derjenige haben, der nicht arbeitet.“ Womöglich richten sich Westerwelles flotte Sprüche am Ende gegen ihn selbst, denn natürlich haben Millionen hart arbeitende Menschen in der Bundesrepublik sehr viel weniger Geld zur Verfügung als reiche Müßiggänger, die von Kapitalerträgen, Dividenden, Zinsen oder Mieteinnahmen leben. Überdies könnte man auch fragen, ob es „leistungsgerecht“ ist, dass Westerwelle im Rahmen seiner regen Vortragstätigkeit bei Unternehmerverbänden, Banken und Versicherungskonzernen in einer Stunde mehr Nebeneinnahmen hat als manche Krankenschwestern, Altenpfleger und Erzieherinnen durch ihre anstrengende Berufstätigkeit in einem ganzen Jahr.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut scheint sich in den letzten Jahren erhöht zu haben, wohingegen die Akzeptanz der Armen selbst eher sinkt.[3] Während sich die Fähigkeit zur Interessenartikulation und zur politischen Repräsentation der Armen auf einem Tiefpunkt befindet (man denke nur an die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung in Elendsquartieren der Großstädte), schwindet offenbar die Bereitschaft der gesellschaftlichen Eliten, Arme materiell zu integrieren. Über die Aufgaben, Handlungsmöglichkeiten und Pflichten des Sozialstaates gegenüber den Armen wird denn auch kaum mehr diskutiert. Anzunehmen ist deshalb, dass sich der Umgang mit sozial Benachteiligten, also Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger(inne)n, erst recht mit „aggressiven Bettlern“ und „Asozialen“ hierzulande im Gefolge der globalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise verhärtet und ein strengeres Armutsregime errichtet wird. Ein deutliches Indiz dafür bildet die Entscheidung des Koalitionsausschusses der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP vom 26. September 2010, den Hartz-IV-Eckregelsatz für alleinstehende Erwachsene nur um läppische 5 Euro (von 359 auf 364 Euro) zu erhöhen, den Betroffenen anders als in den letzten fünf Jahrzehnten keinerlei Aufwendungen für alkoholische Getränke und Tabakwaren mehr zu gewähren sowie die Regelsätze für Kinder

(je nach Alter: 215, 251 bzw. 287 Euro) überhaupt nicht anzuheben, sondern diese mit der zusätzlichen Ausgabe von Bildungs- beziehungsweise Teilhabegutscheinen in geringem Wert abzufinden.

Für Westerwelle bildet das Erwirtschaften von Wohlstand die entscheidende Voraussetzung für jede Unterstützung der „wirklich Bedürftigen", und er kritisiert, dass angeblich bloß noch an dessen Verteilung gedacht werde. Entgegen der Stammtischweisheit, wonach eine Volkswirtschaft zuerst genügend Reichtum erzeugen muss, bevor der Sozialstaat mittels teurer Transferleistungen die Armut von Randgruppen und benachteiligten Minderheiten lindern kann, ist dieser aber gerade kein unproduktiver Kostgänger der Ökonomie, seine Interventionstätigkeit vielmehr sogar eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren moderner Volkswirtschaften. Sonst wären statt der Bundesrepublik Deutschland Länder wie Mozambik, Bangladesch oder Burkina Faso führende Exportnationen.

Westerwelle bestreitet vehement, ein Neoliberaler zu sein, und bezeichnet sich stattdessen als „neosozial". Außerdem leugnet er jegliche Nähe zum Rechtspopulismus, für den (neo)liberale Parteien spätestens seit den spektakulären Wahlerfolgen der FPÖ um die Jahrtausendwende anfällig sind, wie die antisemitischen Statements des damaligen nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann im Frühjahr 2002 zeigten.[4] Westerwelle bedient sich jedoch derselben Terminologie wie seinerzeit Jörg Haider, wenn er die „Sozialkriminalität" anprangert und die mangelnde „Treffsicherheit" des Wohlfahrtsstaates beklagt. Eine politisch-publizistische Stimmungsmache auf Stammtischniveau hilft allerdings weder den Armen noch der Gesellschaft insgesamt, untergräbt vielmehr das Vertrauen eines Großteils der Bevölkerung in den Sozialstaat und beschädigt die politische Kultur der Bundesrepublik. Gleichwohl muss Guido Westerwelle zugute gehalten werden, dass er sich im Unterschied zu Thilo Sarrazin vor einer Ethnisierung der sozialen Beziehungen weitgehend hütet, die im Falle des früheren Berliner Finanzsenators die öffentliche Debatte über seine Auffassungen wochenlang bestimmt hat.

Thilo Sarrazins rechtspopulistische Diffamierung von Armen, Migrant/innen und Sozialstaat

Sarrazin war mitsamt dem von ihm veröffentlichten Bestseller „Deutschland schafft sich ab" im Herbst 2010 fast in aller Munde. Vermutlich rührt sein bemerkenswerter publizistischer Erfolg daher, dass Sarrazin Diskurse, die seit zwei Jahrzehnten in der Öffentlichkeit geführt werden, wie jene über die Gefährdung des „Standorts Deutschland" und des Wohlstandes unseres Landes durch die Globalisierung, den demografischen Wandel, die Zuwanderung und „Sozialschmarotzer", miteinander verbindet, bündelt und zuspitzt. Die Dramatisierung und Skandalisierung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse erlaubt es Sarrazin, als Tabubrecher aufzutreten und

die Glaubwürdigkeit der „politischen Klasse" in Zweifel zu ziehen, obwohl er ihr selbst bereits jahrzehntelang angehört. Offenbar traf der damalige Bundesbank-Vorstand mit seinen polemischen Vorwürfen gegenüber ethnischen und sozial benachteiligten Minderheiten thematisch wie politisch-inhaltlich den neoliberal geprägten, aber auch von Deutschtümelei und rassistischen Ressentiments nicht freien Zeitgeist.

Auch Sarrazin, der sich teilweise schon während seiner Tätigkeit als Berliner Finanzsenator mehrfach abfällig über Hartz-IV-Empfänger/innen geäußert und ihnen geraten hatte, sich gleichermaßen preiswert wie gesund etwa von Bratwurst zu ernähren, sich – anstatt die Wohnung zu heizen – einen warmen Pullover anzuziehen und kalt zu duschen, kritisiert den Sozialstaat heftig. Allerdings macht Sarrazin neben der Unterschicht vor allem die Migrant/innen muslimischen Glaubens, übrigens gerade solche, die hierzulande aufgewachsen und also selbst gar keine Zuwanderer sind, sondern einer ethnischen und religiösen Minderheit angehören, für die finanzielle Überlastung des Wohlfahrtsstaates verantwortlich. „Aufgrund der üppigen Zahlungen des deutschen Sozialstaats ziehen wir eine negative Auslese von Zuwanderern an. Das Transfersystem setzt auf deren Fruchtbarkeit hohe Prämien aus und zieht so die migrantische Unterschicht von morgen heran."[5] Durch die „Rundumversorgung" korrumpiere unser Sozialsystem die muslimischen Migranten, indem es eine „Kultur der Hängematte" schaffe. In neoliberaler Manier unterzieht Sarrazin, dessen Buch von sozialdarwinistischen, rassistischen und rechtspopulistischen Stereotypen durchzogen ist, die europäischen Muslime einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung: „In jedem Land kosten die muslimischen Migranten aufgrund ihrer niedrigen Erwerbsbeteiligung und hohen Inanspruchnahme von Sozialleistungen die Staatskasse mehr, als sie an wirtschaftlichem Mehrwert einbringen." (Ebd., 267)

Sarrazin beschönigt die Armut und bagatellisiert das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit, indem er völlig unangemessene Vergleiche zieht. Auf der Zeitachse vergleicht er die soziale Lage der Armen beziehungsweise Armutsgefährdeten heute und der „Normalbürger" vor 50 Jahren miteinander: „Die Armutsrisikoschwelle (derzeit 801 EUR; Ch.B.) in Deutschland ist heute höher als das durchschnittliche Nettoeinkommen der Deutschen auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts." (Ebd., 105) Auf der geografischen Achse vergleicht Sarrazin die soziale Lage einheimischer Hartz-IV- beziehungsweise Sozialhilfebezieher/innen mit der Einkommenssituation in weniger entwickelten europäischen Industrieländern: „Deutsche Transferempfänger leben wie der durchschnittliche Tscheche, aber deutlich besser als der durchschnittliche Pole und weitaus besser als der durchschnittliche Türke." (Ebd., 148)

Mit dem Letzteren ist hier übrigens ausnahmsweise mal kein integrationsunwilliger, die Deutschen kulturell überfremdender und intelligenz-

mäßig wie ökonomisch zurückwerfender Migrant, sondern ein in seinem Heimatland bleibender Türke gemeint. Will man den Lebensstandard eines Menschen bestimmen, muss er grundsätzlich in Beziehung zum Wohlstand des Landes gesetzt werden, und zwar natürlich jeweils zur selben Zeit. Denn wer hier und heute mehr oder weniger arm ist, vergleicht sich völlig zu Recht weder mit einem Durchnittsverdiener, der in Tschechien, Polen, der Türkei oder anderswo lebt, noch mit einem Deutschen, der vor Jahrzehnten auf einem gleichfalls geringen Wohlstandsniveau lebte, sondern mit jenen Mitbürger/innen, die teilweise viel mehr haben als er selbst.

Da er die strukturellen Zusammenhänge ausblendet und Armut deshalb auch nicht als gesellschaftlich bedingt erkennt, neigt Sarrazin zur Individualisierung, Moralisierung und Subjektivierung des Problems. Letztlich hält er Armut eher für ein mentales Phänomen: „Nicht die materielle, sondern die geistige und moralische Armut ist das Problem." (Ebd., 123) Folgt man Sarrazin, führt Dummheit zur Armut, denn die Intelligenz der Menschen korreliert seiner Meinung nach stark mit ihrer Schichtzugehörigkeit und entscheidet angeblich über Chancen des sozialen Aufstiegs: „So gibt es eine 90-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einer armen Unterschichtfamilie mit einem Durchschnitts-IQ von 100 der Armut entkommt, während es gut sein kann, dass ein dümmeres Kind aus einer Mittelschichtfamilie in Armut gerät." (Ebd., 99) Zweifellos verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf einem flexibilisierten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen. Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Sarrazin vertauscht hier augenscheinlich Ursache und Wirkung miteinander: Armut macht zwar auf die Dauer eher dumm, Dummheit aber keineswegs arm.

Hartz IV zu beziehen, hat laut Sarrazin überhaupt nichts mit Armut zu tun, schließt sie im Gegenteil sogar aus, erscheint ihm doch das Arbeitslosengeld II gegenwärtig eher noch als zu hoch: „Das in Deutschland garantierte Mindesteinkommen ist nicht anstößig niedrig, sondern kommt den unteren Arbeitseinkommen anstößig nahe." (Ebd., 86) Dass man, um dem viel beschworenen „Lohnabstandsgebot" zu genügen, bloß mittels eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes dafür sorgen müsste, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland nicht immer breiter wird, ignoriert Sarrazin. Stattdessen setzt er in der Arbeitsmarktpolitik auf das US-amerikanische „Workfare"-Konzept, fordert die Erhöhung des Drucks auf Erwerbslose und sympathisiert offen mit einer grundgesetzwidrigen Arbeitspflicht für Transferleistungsempfänger/innen, wie sie der damalige hessische CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident Roland Koch kurz vor

dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV in der FAZ (v. 22.1.2010) vorgeschlagen hatte.

Schuld an der Misere von Sozialstaat und Gesellschaft haben für Sarrazin, der überall „Zeichen des Verfalls" wittert, Zuwanderer und Mitglieder der (einheimischen) Unterschicht, durch die Deutschland letztlich immer ärmer und dümmer werde. „Deutschland finanziert (...) einen Teil des muslimischen Proletariats, das in den Herkunftsländern keine Chancen sieht, die attraktiver wären als die deutsche Sozialhilfe. Ohne Änderung der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen sind die Aussichten gering, dass sich die Parallelgesellschaften der muslimischen Migranten in Deutschland und Westeuropa mit der Zeit quasi automatisch auflösen." (Ebd., 296) Dass es sich bei der von ihm auf kulturelle Faktoren geschobenen und maßlos überschätzten Abschottung primär gar nicht um eine Form ethnischer, sondern um eine Manifestation sozialökonomischer Segregation handelt, verkennt Sarrazin. Dabei leiden Mehrkinder- und Migrantenfamilien, besonders solche ohne befriedigenden Aufenthaltsstatus, stark unter sozialer Unsicherheit, Existenzangst und materieller Not.[6]

Gegenwärtige (und zukünftige) Entwicklungstendenzen des Sozialstaates

Guido Westerwelle distanzierte sich zwar von Thilo Sarrazins Interview-Äußerungen über die spezifischen Gene von Juden und Basken, legte in einem Gespräch mit Redakteuren der Frankfurter Allgemeinen, das diese „Zeitung für Deutschland" am 11. Oktober 2010 veröffentlichte, jedoch Wert auf die Feststellung, den Bestseller nicht „verdammt" zu haben, und wies an gleicher Stelle darauf hin, „dass die Meinungsfreiheit in Deutschland auch sehr kontroverse Bücher ertragen muss." Meinungsfreiheit bedeutet freilich auch für einen Bundesbankvorstand nicht, alles – selbst alles Menschenverachtende und Migrant/innen aus muslimischen Ländern schlecht Machende – sagen zu dürfen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Genauso wenig, wie die Gewerbefreiheit einschließt, dass man mit Frauen, Kindern und Kokain handeln darf.

Auf der politischen Agenda des FDP-Vorsitzenden und seiner Gesinnungsfreunde wie des Bestsellerautors steht ganz offensichtlich ein ganz anderer Wohlfahrtsstaat. Es geht beiden Kritikern um dessen Reorganisation nach einem Konzept, das neben drastischen Leistungskürzungen auch strukturelle Veränderungen wie die Reindividualisierung sozialer Risiken bzw. die (Teil-)Privatisierung der staatlichen Altersvorsorge, die Erhöhung des administrativen Kontrolldrucks und die Ausweitung der Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Leistungsempfänger/innen beinhaltet.

So wird aus dem *Wohlfahrtsstaat* ein „nationaler Wettbewerbsstaat", und zwar in zweierlei Hinsicht: Nach außen fördert er die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes auf dem Weltmarkt und nach innen

überträgt er die Marktmechanismen und Gestaltungsprinzipien der Leistungskonkurrenz bzw. betriebswirtschaftlicher Effizienz auf seine eigenen Organisationsstrukturen. Durch diese doppelte Transformation gewinnt der *Wohlfahrtsstaat* eine ganz andere Qualität, während das Soziale seinen Eigenwert verliert und dem Ökonomischen unter- bzw. nachgeordnet wird.

Die sozialen Sicherungssysteme werden zunehmend markt- und betriebswirtschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzgesetzen unterworfen. Genauso wie Unternehmen und Gebietskörperschaften sollen sie nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen, dahinter zurücktritt. Wettbewerb sowie Wahlfreiheit (für von Klienten zu „Kunden" avancierte Sozialstaatsbürger) beherrschen die Wohlfahrtsstaatskonzeption des Neoliberalismus, und sein Leitbild zielt auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Wirtschaftsstandortes.

Aus dem *Sozial-* wird ein Minimalstaat. Der „schlanke Staat", welcher Neoliberalen wie Westerwelle vorschwebt, ist hinsichtlich seiner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eher magersüchtig. Leistungskürzungen im Sozialbereich werden meistens als Sparbemühungen ausgegeben, obwohl man die Kosten der Versorgung (etwa im Gesundheitssystem) damit häufig gar nicht senkt, sie vielmehr nur von der Solidargemeinschaft auf die Leistungsempfänger/innen überwälzt. Geld ist ohnehin genug da, denn die Bundesrepublik ist ein reiches Land. Wer es jedoch Bankiers und Hotelbesitzern zuschanzt, hat für Hartz-IV-Bezieher/innen und ihre Kinder wenig übrig.

Wer wie Westerwelle überall den Sozialismus wittert, ist kein glaubwürdiger Verteidiger des Sozialstaates, stellt vielmehr die Grundgesetznorm des Art. 20 Abs. 1 („sozialer Bundesstaat") und Art. 28 Abs. 1 („sozialer Rechtsstaat") infrage. Neoliberale möchten die Sozialleistungen drastisch reduzieren und zudem auf die „wirklich Bedürftigen" konzentrieren. Leistungskürzungen finden im modernen Wohlfahrtsstaat aber erfahrungsgemäß gerade dort besonders frühzeitig, spürbar und nachhaltig statt, wo sie die am meisten verletzlichen, am wenigsten widerstandsfähigen Bevölkerungsgruppen treffen: (Langzeit-)Arbeitslose, Alte, Kranke, Behinderte und Migrant/innen.

Der neoliberale Minimalstaat ist eher „Kriminal-" als Sozialstaat, weil ihn die vorgeblich aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nötige Leistungsreduktion verstärkt zur Repression gegenüber Personengruppen zwingt, die als Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer/innen und als Opfer seiner rückwärtsgerichteten „Reformpolitik" bezeichnet werden können. Je weniger großzügig die Sozialleistungen einer reichen Gesellschaft ausfallen, umso schlagkräftiger muss in der Regel ihr Sicherheits- bzw. Gewaltapparat sein. Anders gesagt: Was die Parlamentsmehrheit den Wohlfahrtssystemen an materiellen Ressourcen entzieht,

wendet sie später für Maßnahmen gegen den Drogenmissbrauch, Kriminalität und Gewalt auf. Justiz, Polizei und (private) Sicherheitsdienste verschlingen jenes Geld, das beim Um- bzw. Abbau des Sozialstaates vorgeblich „eingespart" wird. Anders gesagt: Je weniger soziale Sicherheit der Wohlfahrtsstaat gewährt, umso größer wird die Innere Sicherheit geschrieben.

Aus dem *sozialen Leistungs-* wird ein bloßer Gewährleistungsstaat: Nicht nur öffentliche Unternehmen und persönliche Existenzrisiken werden zunehmend privatisiert, vielmehr auch soziale Dienstleistungen, die der Wohlfahrtsstaat früher in Eigenregie erbracht hatte. Nach dem Vorbild des privatisierten Post- und Telekommunikationssektors garantiert der Sozialstaat künftig bloß noch, dass im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge für Millionen Menschen und die Gesellschaft insgesamt unerlässliche Sach- und Dienstleistungen erbracht werden, überlässt ihre Erbringung allerdings gemeinnützigen und/oder gewinnorientierten Privatanbietern, deren Arbeit er zertizifiert, überwacht und kontrolliert. Die überkommene Erfüllungsverantwortung des Staates wird also durch eine reine Gewährleistungsgarantie abgelöst, die sicherstellen soll, dass die zu Kund/innen mutierenden Klient/innen wunschgemäß auf dem neu geschaffenen (Quasi-)Markt von privaten Anbietern bedient werden, die damit ihrerseits viel Geld verdienen können

Statt der Bedürftigkeit – wie im *aktiven* – löst im „aktivierenden Sozialstaat" erst die Bereitschaft zur Gegenleistung eines Antragstellers die staatliche Leistungspflicht aus. Leistungsempfänger/innen grundsätzlich Gegenleistungen abzuverlangen, wie dies der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister vorschlägt, bedeutet letztlich, den Sozialstaat der Marktlogik und dem Tauschprinzip entsprechend umzugestalten. Warum soll ein Langzeit- oder Dauerarbeitsloser, der Mühe hat, seinen Tag normal zu strukturieren, unter einem Mangel an persönlichen Kontakten leidet und es gar nicht mehr gewohnt ist, frühmorgens aufzustehen, pünktlich in einem Betrieb oder einem Büro zu erscheinen und kontinuierlich etwas zu schaffen, eigentlich keine gemeinnützigen bzw. „im öffentlichen Interesse liegenden" Arbeiten verrichten, also z.B. einen Schulhof beaufsichtigen, den Stadtpark säubern oder Laub von den Straßen fegen – dies fragen sich viele Bürger/innen. Auch wenn es den meisten notwendig oder sinnvoll erscheint, von Transferleistungsempfänger/innen solche „Gegenleistungen" zu verlangen, wird dem Wohlfahrtsstaat hierdurch eine ihm ursprünglich fremde Logik, nämlich die Tauschlogik der Marktökonomie, implantiert. Ein „aktivierender Sozialstaat" ist kein Gegengewicht zur Marktökonomie, aber auch kein Garant demokratischer Verhältnisse mehr.

Aus dem *Sozialversicherungs-* wird ein Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat. Kennzeichnend für den deutschen Wohlfahrtsstaat war seit Bismarcks Sozialreformen, dass die Lohnarbeiter gegen allgemeine Lebensrisiken wie Krankheit, Invalidität und Not im Rentenalter versichert

wurden. Durch die Zahlung von Beiträgen, an der sich ihre Arbeitgeber später grundsätzlich halbparitätisch beteiligten, erwarben sie Ansprüche, die beim Eintritt des Versicherungsfalls befriedigt werden mussten. Heute plädieren nicht bloß Neoliberale für eine stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen, obwohl oder genauer: weil sie wissen (müssten), dass die Arbeitnehmer/innen in einem „Lohnsteuerstaat" viel stärker zur Ader gelassen werden als Kapitaleigentümer, Großaktionäre und Topmanager. Die weitere Entlastung der Arbeitgeber durch Einführung der „Gesundheitsprämie" genannten Kopfpauschale und Deckelung der Arbeitgeberbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung hätte die endgültige Abschaffung der vormals paritätischen Beitragsfinanzierung zur Folge. Dies würde die Familien der Niedrig- und Normalverdiener/innen doppelt treffen – von der Tendenz zur Erhebung beziehungsweise Erhöhung indirekter Steuern, der Massen- und Verbrauchssteuern ganz zu schweigen. Neoliberale präferieren ein Fürsorgesystem nach angelsächsischem Muster, das nicht auf erworbenen Rechtsansprüchen (Eigentumsgarantie bei Sozialleistungen) basiert, sondern die Vergabe von Transferleistungen nach Kassenlage des Staatshaushaltes ermöglicht.

Spaltung in einen Wohlfahrtsmarkt und einen Wohltätigkeitsstaat

Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (z.B. Altersvorsorge durch Versicherungspolicen der Assekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne" Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung" genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, gibt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen anheim. Die ehrenamtliche Tätigkeit bei den „Tafeln", Spenden für wohltätige Zwecke und das Stiftungswesen haben offenbar gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen braucht. Ginge es nach den Westerwelles, Sarrazins und Sloterdijks, würden die meisten Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Umweltschutz-, Freizeit-, Sport- und Wohlfahrtseinrichtungen, kurz: fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens, die nicht hoheitlicher Natur sind, noch stärker als bisher vom Kommerz beherrscht beziehungsweise von der Spendierfreude privater Unternehmen, Mäzene und Sponsoren abhängig gemacht.

Anmerkungen

1 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl., Wiesbaden 2006.
2 Vgl. hierzu ausführlicher: Ders., Stirbt „das deutsche Volk" aus? – Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt, in: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 167 ff.
3 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Frankfurt am Main/New York 2009.
4 Vgl. dazu: Michael Naumann (Hrsg.), „Es muß doch in diesem Lande wieder möglich sein ...". Der neue Antisemitismus-Streit, München 2002.
5 Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010, S. 323.
6 Vgl. Carolin Butterwegge, Armut von Kindern mit Migrationshintergrund, Wiesbaden 2010.

KLIO

KLIO Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co.

Wissenschaftliche Buchhandlung mit umfangreichem Sortiment und fachspezifischen Dienstleistungen

Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal

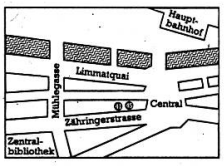
Eigene Neuheitenkataloge

An- und Verkauf antiquarischer Bücher

Geschichte
Philosophie
Germanistik
Alte Sprachen
Soziologie
Politologie
Ethnologie
Theologie
Kommunikation
Belletristik

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 42 12

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 86 10



www.klio-buch.ch